

TOP...

DIE LINKE.

DIE LINKE. Ortsgruppe Altstadt
altstadt@dielinke-mz.de
Mandatsträger Giacomo Focke

Antrag zur Landesgartenschau 2026

Der Ortsbeirat Altstadt spricht sich dafür aus, von einer Bewerbung der Stadt Mainz für die Ausrichtung der Landesgartenschau 2026 abzusehen.

Begründung

- a) Neue, innovative Impulse für den Stadtteil Altstadt fehlen in Bezug auf neue Flächen und auch auf die inhaltliche Ausgestaltung bestehender Flächen. Die mit der Veranstaltung verbundenen und in den Grundlinien anvisierten Chancen zur ökologischen Aufwertung von Stadtflächen für den öffentlichen Raum mit langfristigen positiven Folgen für Bürger*innen und Anwohner*innen bleibt immer noch aus. Die Chancen dieses Konzeptes gegenüber anderen Bewerber*innen dürften gering sein (so zielt demgegenüber z.B. das Konzept des Mitbewerbers Speyer auf: Konversion eines ehemaligen Kasernengeländes; Integration neuer Wohnformen; langfristige innerstädtische Grünvernetzung; interkommunaler Ansatz Stadt-Land; Chance für Flüchtlings-Integration).
- b) Das Thema Sperrung vorhandener Erholungsflächen in den Parks bzw. die Erhebung von Eintritt für diese Flächen während der Ausstellung ist für die vielen derzeitigen Nutzer*innen nicht gelöst. Hinzu kommt, dass auch die weiter frei zugänglichen Flächen der Gartenschau zum Teil neugestaltet werden und nicht wie bisher genutzt werden können.
- c) Die Einstellung des zu erwartenden hohen Betrages in den Haushalt der Stadt Mainz kann in der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit bis zur Abstimmung im Stadtrat am 30.06. nicht mit der notwendigen Sorgfalt geprüft, hinterfragt oder geändert werden.
- d) Rege Beteiligungen der Bürger*innen bei bisherigen offenen Werkstattgesprächen zeigte ein großes Engagement und Interesse für eine Landesgartenschau, die Themen wie grünere Innenstädte, neue Radwegkonzepte und barrierefreie Zugänge in der Innenstadt als sinngebend für eine Landesgartenschau in Mainz 2026 anvisiert. Die immer noch ausstehende Umsetzung solcher Wünsche verbunden mit den Umständen in Punkt „d“ zeigt eine fehlende Funktion der Planung im Interesse der Bürger*innen und stellt das Interesse der bisherigen Arbeit infrage.

Giacomo Antonio Focke

DIE LINKE.